

Laibacher Zeitung.

Nr. 81.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 9. April

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 80 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 50 fr.

1867.

Amthlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 30. März d. J. Allerhöchstihren Herrn Vetter Erzherzog Ludwig Salvator zum Inhaber des Infanterieregiments Nr. 58; den Feldmarschalllieutenant Gabriel Freiherrn von Rodich zum Inhaber des Infanterieregiments Nr. 68, und den Feldmarschalllieutenant Emerich Prinzen von Thurn und Taxis zum zweiten Inhaber des Allerhöchstihren Namen führenden Cuirassierregiments Nr. 1 allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 9. April.

In dem Zustande der Neugestaltung, in welchem sich der österreichische Staat befindet, lassen seine Feinde es an Verdächtigungen und Uebertreibung der inneren Schwierigkeiten nicht fehlen, und das stärkste Beispiel dieser Tactik hat ein unlängst erschienenenes Pamphlet geliefert, welches aber auch die Blätter aller Farben in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung der verdienten Verachtung preisgegeben haben. Um so wohlthuender muß es den treuen Bürger des Kaiserstaates berühren, wenn aus fremdem Lager sich eine unparteiische Stimme in hoffnungsvoller Weise über die Zukunft unseres Reiches äußert. Dies geschieht in einem „Die Zukunft Oesterreichs“ überschriebenen Artikel der Pariser Monatschrift „Correspondant“, aus welchem wir Nachstehendes entnehmen:

„Kann Oesterreich noch gerettet werden? Wer das Land kennt, und an einen solchen müßte man diese Frage richten, wird, ohne sich zu besinnen, mit Ja antworten.“

Und kann Ein Mann es retten? Auch diese Frage bejaht der Verfasser, wenn er auch die Schwierigkeiten nicht verkennt, welchen derselbe voraussichtlich begegnen müsse, und welche eine vollständige Aufopferung erfordern. Er übergeht sodann zur Idee des Dualismus, welcher er eine natürliche Berechtigung zuerkennt. Er sagt hierüber:

„Wenn man im Ausland jemand über den Eindruck befragt, den die Zusammenballung von Staaten und Stämmen in dem Mittelpunkte von Europa auf ihn macht, wird er, wenn auch nur unbestimmt, die Idee des Dualismus nennen. Die instinctive Idee eines Jeden über Oesterreich ist die Idee von einem Kaiserreiche und einem Königreiche. Der instinctive Gedanke aller Welt darf jedoch niemals mißachtet werden, er enthält immerhin eine Wahrheit, wenn auch nicht immer die volle. Es ist wohl wahr, daß das Reich, im eigentlichen Sinne die cisleithanischen Provinzen, wie sie jetzt genannt werden, d. h. der deutsche Theil dieses weiten Staates, aus vielen verschiedenen Stämmen besteht, unter denen der deutsche bei weitem nicht die Mehrzahl bildet. Wenn man gegenüber den wahrhaft deutschen Provinzen, wenn man gegenüber den Schlesiern, Steirern, Tirolern, Salzburgern und den Bewohnern der Erzherzogthümer alle übrigen Nationalitäten vereinigen wollte, würden diese deutschen Bewohner ohne Zweifel die Minorität bilden; mögen es jedoch die Anhänger des Suffrage universel nicht übel deuten: es gibt etwas, das die Zahl überwiegt, und zwar die Intelligenz, und die Intelligenz erhält in Oesterreich das Uebergewicht gegenüber der Zahl durch die Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse unseres Jahrhunderts. Unter den minder civilisirten Völkern finden sich immer solche, welche wegen ihrer unmittelbaren und wesentlichen Interessen zu den in der Gesellschaft vorgeschrittenen ihre Zuflucht nehmen müssen; sie werden es vielleicht nicht aufrichtig thun, sie werden vielleicht sogar den Stamm verabscheuen, von dem sie etwas verlangen, aber es ist deshalb doch nicht minder wahr, daß sie sich in einem gegebenen Augenblicke von einer Coalition gegen die Deutschen lossagen mußten, welche, so lange sie nicht allgemein wird, immer gefährlos ist.“

Dies alles hat keinen Bezug auf das Divide et impera des alten Systems. Wenn ein einziger unempfindlicher, stummer, abstumpfender Wille auf mehreren Millionen Menschen lastete und sie in erniedrigenden Verhältnissen niederhielte, um ihre brutalen Streitigkeiten auszubeuten, wenn der Despotismus dies thäte, dann würde er zerstörend wirken, während der frei aus der Macht der Dinge entstehende Kampf belebt und schafft.

Man darf das Starke nicht mit dem Schwerfälligen verwechseln. Das Schwerfällige kann erdrücken, während es unbeweglich bleibt; das Starke kann nur in Thätigkeit wirken. Oesterreichs minder civilisirte Stämme gelten nach ihrer Zahl; stillstehend zeigen sie sich wie eine Last, aber selbst ihre Untergeordnetheit und die ihnen vom Jahrhunderte unwillkürlich auferlegten Bedürfnisse regen die Thätigkeit des deutschen Stammes an. Der deutsche Stamm in Oesterreich ist eine Macht, deshalb würde jede Lösung, welche nicht in Wien das Uebergewicht erhielte, verfehlt sein und ein lächerlicher Versuch bleiben. Der deutsche Stamm in Oesterreich von Schlesien bis zu den Tiroler Alpen steht geistig dem deutschen Stamm im Westen und Norden nach, aber er überragt unvergleichbar alle anderen ihn umgebenden Stammfractionen.

Der Verfasser verurtheilt den Versuch einer Föderation als einen ungelungenen Scherz, den Traum unbefähigter Menschen, welche die Politik aus Büchern lernen, unwissender Doctrinäre, für welche die Geschichte keinen philosophischen Sinn und das moderne öffentliche Leben nichts Anziehendes hat.

Man habe nicht begreifen wollen, daß bei der Gewährung der möglichst erweiterten Provinzialautonomie der Staat als ein politisches Wesen eines Centrums bedürfe; man hat in Wien nicht erblicken wollen, was es ist und stets sein wird, wenn das Reich besteht; nicht die Quelle, von wo alles abfließt, sondern wohin alles strömt; „das Herz der Nation ist hier“, sagte eines Abends Herr Disraeli im Unterhause, und er sprach die Wahrheit, und auch Wien fühlte, daß es dieses Wort hören müsse, daß es dazu berechtigt sei, und daß man für ein verkanntes Recht kämpfen müsse.

Es wäre jedoch unvorsichtig, sich einzubilden, daß man mit dem Dualismus alle Schwierigkeiten gehoben habe. Im Gegentheil, sagt der Verfasser, ich gehe sogar noch weiter: das Föderativsystem des Grafen Belcredi hätte derart organisiert werden können, daß der Uebergang von dem alten zum neuen Regime ohne auffallende Erschütterung statthaben konnte. Vielleicht hätte Oesterreich auch, um Jemand zu befriedigen, sich weniger mühsam umgestalten können, aber bei dem ersten Stoß hätte man gesehen, daß bei dieser vermeintlichen Neugestaltung etwas fehle: Oesterreich selbst. Das Föderativsystem müßte allmählig die Auflösung des Reichs unter einem andern Namen herbeiführen.

Das Streben des Herrn v. Beust ist ein anderes, und schon die Thatfache, daß er es zu versuchen wagte, muß ihm die Achtung jedes Ehrenmannes erwerben; denn das muthige Unternehmen muß selbst, wenn es mißlingen sollte, was keineswegs unmöglich ist, ihm immerhin zur Ehre gereichen. Herr v. Beust will, daß aus der gegenwärtigen Verwirrung ein österreichisches Reich erstehet, daß es eine europäische Macht bleibe, und daß es anderen Mächten der Mühe lohnte, mit ihm ein Bündniß zu schließen. Diejenigen, welche seinen Wunsch theilen und in Europas Interesse und wegen der herrlichen Eigenschaften, die, wie Friedrich II. sagte, dem guten österreichischen Lande innewohnen, die Erhaltung der österreichischen Monarchie im Mittelpunkte unseres europäischen Continents wollen, sie werden sich gewiß keiner Illusion über seine gegenwärtige Lage hingeben und dürfen sich unter keinem Vorwande mit bloß einem „Ungefähr“ in der Zukunft begnügen.

Alles ist noch nicht verloren, aber die Zeit der Compromisse und Experimente ist auf immer dahin. Nur ein mit der größten Thatkraft ergriffener Entschluß kann eine Hoffnung des Heils gewähren. Man muß seine Freunde und seine Feinde wählen, und so wie die Wahl getroffen, auch daran festhalten. Was noch vor dem Kriege möglich und zu erstern war, als das getheilte Deutschland sich zu Gunsten des Einen oder des Andern aussprechen konnte, ist es nicht mehr jetzt, da Deutschland sich für eigene Rechnung bewegt und Oesterreich beobachtet, um es entschieden zu richten. — Vor allem ist es nun nothwendig, das Leben im Kaiserthume wiederzuwecken, und hiezu muß man Alles herbeiziehen, was am meisten Lebenskraft besitzt. Die Deutschen und Magyaren sind die einzigen politischen Elemente, über welche Herr v. Beust verfügt; zu ihnen wendet er sich nun, von ihnen fordert er, indem er sie vereinigt, das Reich zu retten. Er handelt hierin nicht nur gut, sondern er kann nicht anders handeln.

Aber — schließt der Verfasser — kann der Dualismus sich constituiren? Werden die beiden Stämme sich verständigen? Werden zwei so gewaltige Motoren, fast im entgegengesetzten Sinne wirkend, einander ohne

fürchterlichen Anprall sich begegnen können? Wird ein Jeder den guten aufrichtigen Willen mitbringen, ohne welchen ein so furchtbarer Werth noch vor seinem Entstehen vernichtet wird? Oesterreichs Bestand, der Bestand des Kaiserthums-Königreichs ist darin bedingt. In jedem Falle täuscht man sich völlig, wenn man aus den Mittheilungen der Telegramme und der fremden Journalartikel schließen wollte, daß die Lösung der österreichisch-ungarischen Frage gefunden sei. Man hat nur den Weg gefunden, von wo sie vielleicht einst ausgehen wird. In diesem Kampf muß man Alles mitbringen, was man ist; aber es hieße Herrn von Beust im Voraus den Ruhm rauben, zu welchem ihn das Gelingen berechtigen könnte, wenn man sich die ungeheure Schwierigkeit seiner Aufgabe verbergen wollte.“

Wir geben diese Andeutungen, ohne sie als ein vollkommenes Programm der Regierung Oesterreichs hinzustellen, aber der Beachtung scheint uns diese Meinungsäußerung eines aufrichtigen Freundes Oesterreichs allerdings im hohen Grade würdig.

Die österreichisch-mexicanischen Freiwilligen.*

Das „Frdbll.“ schreibt: Aus Algier eingetroffenen Berichten zufolge waren daselbst bereits zwei Transporte mit österreichischen Freiwilligen von Vera Cruz angelangt, der Gesundheitszustand an Bord war ein vortrefflicher. Die eingeschifftene Mannschaft wurde ganz nach dem französischen Systeme verpflegt, erhält bis zum Tage der Auschiffung in Trief den französischen Sold, und wird daselbst im Sinne der eben erlassenen Circular-Verordnung des kaiserl. österreichischen Kriegsministeriums, durch eine unter dem Vorsitze des k. k. General-Majors Prinzen von Württemberg tagende Commission übernommen, in die neu zu errichtenden Jäger-Compagnien eingetheilt; jene Individuen aber, welche den Eintritt nicht wünschen, sollen abgefertigt und in die Heimat entlassen werden.

Die unrichtige Angabe, daß die austro-mexicanischen Freiwilligen seit dem Monate Juli des vorigen Jahres ihren Sold gar nicht oder doch nur in höchst unregelmäßiger Weise erhalten hätten, muß, wie uns mitgetheilt wird, darauf zurückgeführt werden, daß von jenem Zeitpunkte an diese Truppen gänzlich in französische Verpflegung übernommen wurden und ganz nach dem französischen Ausmaße von den französischen Kriegscassen gezahlt und verköstigt wurden.

Wohl ergab sich durch diese völlige Gleichstellung mit den französischen Truppen ein kleiner Anfall gegenüber den mit außerordentlicher Munificenz bemessenen früheren Gehältern einzelner Kategorien der österreichischen Freiwilligen, welcher Unterschied jedoch andererseits durch die eingetretene größere Regelmäßigkeit aufgewogen wurde; — dennoch hatte Se. Majestät der Kaiser von Mexico in voller Würdigung der ausgezeichneten Dienste dieser tapferen Truppe verfügt, daß der Unterschied nach Möglichkeit durch die kaiserl. mexicanischen Cassen ausgeglichen und jede, wenn auch noch so geringe Verfürgung hintangehalten werde.

Wenn nun auch die schwere Krisis, welche über das Kaiserreich durch den überstürzten Rückzug der französischen Hilfsarmee hereinbrach, nicht gestattete, die erwähnten Ausgleichssummen regelmäßig in die Corps-Casse fließen zu lassen, so ist es doch völlig unberechtigt, über eine angebliche Nothlage des Freiwilligenkorps zu klagen, sobald solches in jeder Hinsicht der wohlbezahlten und wohlverpflegten französischen Armee gleichgestellt war.

Daß diese Nothlage keine besonders drängende war, dürfte aus dem Umstande hervorgehen, daß das verhältnißmäßig so kleine Officierscorps der Freiwilligen im Laufe zweier Dienstjahre nicht weniger als eine halbe Million Francs an Privatersparnissen, von Mexico aus, durch die betreffenden Behörden nach Oesterreich remittirt hatte.

Nichts vermag wohl die Liebe des hochherzigen Kaisers Max für sein österreichisches Vaterland glänzender darzuthun, als daß der erlauchte Monarch im ernstesten Kampfe um Krone und Reich begriffen, sich der treuen Dienste seiner Landsleute beraubte, um dieselben sicher und wohlbehalten in ihre Heimat geleitet zu wissen, um ihr Schicksal allen Wechselfällen zu entziehen, welchen er mit seinem hohen Muth allein entgegentritt.

* Obwohl die kais. mex. Freiwilligen inzwischen bereits theilweise eingetroffen sind, dürfte dieser Artikel doch durch die Aufklärung, welche er bringt, Interesse erregen.

Oesterreich.

Wien, 7. April. Die „*Fr. Ztg.*“ schreibt: Die Regierungen von Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz haben am 23. December 1865 einen Münzvertrag unter sich geschlossen, welcher nach ihrem Wunsche die Grundlage einer allgemeinen Münzeinigung und der Einführung einer allenthalben gültigen Münze werden und das metrische System auch im Münzwesen überall zur Geltung bringen soll, und sie haben zu diesem Ende an alle anderen Regierungen die Einladung gerichtet, sich jener Convention anzuschließen. Dieselbe Aufgabe der Herbeiführung der allgemeinen Münzeinigung auf Grundlage des metrischen Systems, desselben, welches im Maß- und Gewichtswesen allgemein zur Geltung kommen soll, ist auch einer internationalen Commission gesetzt worden, die im Laufe dieses Sommers in Paris gelegentlich der dortigen Industrieausstellung zusammentritt. Oesterreich ist gegenüber dieser für den Weltverkehr so wichtigen Angelegenheiten in seinen Entschlüssen durch den Münzvertrag gebunden, den es am 24. Jänner 1857 mit den Staaten des deutschen Zollvereins geschlossen hat und der erst Ende 1878 abläuft, und es hat daher, um sich freie Hand zu erwerben, im Art. 13 des Prager Friedens vom 23. August 1866 Preußen zu der Erklärung seiner Bereitwilligkeit veranlaßt, mit Oesterreich und den übrigen Theilnehmern an jenem Vertrage wegen des Austrittes Oesterreichs aus demselben in Verhandlungen einzutreten. Diese Verhandlungen werden demnächst beginnen. Es handelt sich nun für Oesterreich darum, den Münzvertrag vom 24. Jänner 1857 wirklich zu lösen, über den Beitritt zu dem Münzvertrage vom 23. December 1865 und die Bedingungen zu beschließen, unter denen er erfolgen könnte, und an den Arbeiten der internationalen Commission in Paris wirksam Theil zu nehmen. Bei der hohen volks- und staatswirtschaftlichen Bedeutung dieser Schritte hat die kaiserliche Regierung geglaubt, vor allem das Gutachten bewährter Sachverständiger einholen zu sollen, und es wurde zu diesem Behufe in Folge der allerhöchsten Entschliessung vom 23. Februar d. J. eine Specialcommission nach Wien einberufen, welche am 10. April d. J. ihre erste Sitzung halten wird. Dieselbe besteht, unter dem Vorsitze des von Sr. k. l. Majestät hierzu bestimmten geheimen Rathes und Staatsrathes, Karl Freiherrn v. Hoch, aus zwanzig theils vom cisleithanischen, theils vom ungarischen Ministerium erwählten Mitgliedern.

Prag, 6. April. (Landtagsöffnung.) Der Statthalter zeigt dem Landtage die Ernennung des Oberstlandmarschalls und des Stellvertreters an. Graf Hartig hält eine Ansprache, in welcher er betont, daß aus dem Wohle der einzelnen Theile das Wohl des Ganzen, und aus dem Wohle des Ganzen jenes der einzelnen Theile hervorgeht. Hierauf verliest der Statthalter das vom 3. d. M. datirte (dem in der krainischen Landtagsession verlesenen gleichlautende) kaiserliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten. Statthalter Rath Neubauer verliest das kaiserliche Handschreiben in böhmischer Sprache, das sodann dem Landmarschall zur verfassungsmäßigen Verhandlung übergeben wird. Der Oberstlandmarschall macht dem Hause mehrere Mittheilungen. Dr. Eduard Gregor sagt: Trotz der Anstrengungen der Regierung sind doch einige czechische Abgeordnete im Landtag, und es wäre daher geziemend, daß der Oberstlandmarschall auch böhmisch sage, was er früher deutsch gesagt. Der Landmarschallstellvertreter recapitulirt den Inhalt der Mittheilungen des Oberstlandmarschalls in czechischer Sprache. Abg. Zeithammer bemerkt, dieses sei zu kurz; der Oberstlandmarschall habe mehr gesprochen; Landtagssecretär Schmidt beginnt die Worte des Oberstlandmarschalls böhmisch vorzutragen. (Lärm im Centrum.) Abg. Klauy bemerkt: Es sei unwürdig, daß, was den Deutschen durch den Oberstlandmarschall mitgetheilt wurde, den Czechen bloß durch einen Secretär mitgetheilt werde; er beantrage einen Protest gegen diesen Vorgang. Abg. Steffens (Deutscher) will sprechen; Rieger fragt, ob Steffens Rede an der Tagesordnung sei. Steffens sagt: Die Deutschen haben wie die Czechen das Recht, zu reden. Der Oberstlandmarschall erklärt, das Sprechrecht existire für alle Abgeordnete und ertheilt dem Abg. Steffens das Wort. Steffens sagt: In früheren Sessionen haben die Czechen nie verlangt, daß der Oberstlandmarschall Alles auch böhmisch sage, was demselben auch schwer gewesen wäre. Zeithammer sagt: Wenn wir dies zugelassen, so ist es aus unserem freien Willen geschehen. Jetzt sei die Zeit eingetreten, wo wir an unsern Rechten festhalten müssen. Der Oberstlandmarschall sagt: Es sei dies Formfache und in früheren Sessionen wie heute geschehen; er werde übrigens Sorge tragen, daß der Stellvertreter seine Mittheilungen in böhmischer Sprache wörtlich übertrage. Hierauf Wahlberichterstattungen. Der Wahlbericht der Budweiser Handelskammer wurde einer Commission zur Begutachtung übergeben. Nächste Sitzung Montag.

Brünn, 6. April. Der Landeshauptmann Graf Dubsky eröffnete die Session mit dreimaligem Hoch und Slava auf Sr. Majestät den Kaiser. Der Statthalter verliest ein kaiserliches Handschreiben vom 3. April l. J. an den Ministerpräsidenten, enthaltend die Aufforderung des Landtages zur Beschickung des Reichsrathes mit der Erweiterung der Landesauto-

nomie, so weit dies die Sicherheit und Machtstellung des Gesamtreiches gestattet; hierauf wurden 85 Wahlen ohne Anstand agnoscirt.

Rusland.

Hamburg, 6. April. Der „*Hamburger Correspondent*“ meldet officiös: Der Senat hat das Civilstandsamt angewiesen, die Entlassung aus dem Staatsverbanne nur den wirklich aus Hamburg Auswandernden und anderwärts ihr Domicil Aufschlagenden zu gewähren.

Aus Paris, 3. April, schreibt man dem „*Schwäb. Merk.*“: Die gereizte Stimmung zwischen der preussischen und der französischen Bevölkerung hat sich schon wiederholt auf die Arbeiter beider Nationen übertragen, die auf dem Marsfelde arbeiten. Die Preußen haben die Statue ihres Königs abermals mit Lorbeeren gekrönt, die Franzosen wollten dies nicht dulden, und so entstand ein Streit, der mit der Verwundung mehrerer Preußen endete. Eine Untersuchung ist im Gang.

Haag, 5. April. In der Deputirtenkammer interpellirt Thorbecke den Minister des Aeußern über die Erklärung des Grafen Bismarck, daß Holland in der luxemburgischen Frage seine Vermittlung angeboten habe. Der Minister des Aeußern erwidert: Es haben keine eigentlichen Verhandlungen, sondern nur Besprechungen stattgefunden. Holland sei unbestreitbar in dieser Angelegenheit interessirt, und indem es seine Vermittlung angeboten, wolle es keine Verantwortlichkeit übernehmen. Den Erklärungen des Grafen Bismarck zufolge sei jedes Band zwischen Limburg und Deutschland gelöst. Der Minister fügt hinzu, Holland werde sich fortan jeder Einmischung in die luxemburgische Angelegenheit fern halten. — Der Minister des Aeußern erklärte anlässlich der Thorbeck'schen Interpellation: „Auf eine Anfrage ermächtigte mich Graf Bismarck zu der Erklärung, die preussische Regierung betrachte jedes politische Band zwischen Limburg und Deutschland gelöst und sei geneigt, dies durch einen förmlichen Act zu constatiren, wenngleich sie es nach den Verhandlungen des Reichstages für überflüssig erachtet.“

Athen, 30. März. (Fr. Ztg.) Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz auf Kreta schildern die Lage der Insurgenten als eine günstige. In der Provinz Apokorona, die fast ganz wieder in den Händen der Christen ist, haben kleine Gefechte stattgefunden, welche die türkischen Truppen nöthigten, sich zurückzuziehen. Bei dem Orte Mlikianu kam es zu einem heißen Zusammenstoß, bei dem gegen vierzig türkische Soldaten und ihr Oberst gefallen; zehn Kreter, die in die Hände der Feinde geriethen, wurden auf die unmenschlichste Art getödtet. Die Grausamkeit und Blutgier der Türken auf Kreta ist groß, und die Zerstörung von Dörfern und Weisern, die Schändungen von Frauen und Mädchen, die Entweihungen von Kirchen und Gottesäckern gehören zu den Zerstörungen der regulären Truppen des Sultans. Die ägyptischen Truppen nehmen seit mehreren Tagen gar keinen Theil mehr an dem Kampfe. Privatbriefe aus Kreta melden ihren bevorstehenden Abgang. — Bei dem acht Stunden von Athen entfernten Orte Salefi kam es vor drei Tagen zwischen den königlichen Truppen und der Räuberbande des verachteten Rizos zu einem Zusammenstoß. Leider blieben vier Soldaten auf dem Platze; von den Räubern wurde nur einer verwundet; die Bande bestand aus zehn Räufern. Die hier seit mehreren Tagen verbreiteten Gerüchte von einer bevorstehenden Verlobung des jungen Königs der Hellenen mit einer russischen Prinzessin sind alle verfrüht. Wenigstens wurde diese Nachricht officiell dementirt. Nach den Stürmen und der Kälte der vergangenen Tage haben wir wieder seit gestern wunderschönes Frühlingswetter. Die Saaten stehen heuer in Griechenland sehr gut, besonders soll dies bei den Korinthenpflanzungen auf den jonischen Inseln und im korinthischen Meerbusen der Fall sein.

New-York, 2. April. Das Resultat der Wahlen in Connecticut ist zu Gunsten der Demokraten ausgefallen. Der Gouverneur und drei Mitglieder gehören der demokratischen Liste an. Die öffentliche Schuld ist im vergangenen Monat um 15 Millionen Dollars verringert worden. Ein von den Quaristen befrachtetes Kriegsdampfschiff ist von New-York nach Tampico abgegangen mit Kriegsmunition.

Tagesneuigkeiten.

— (Für die unglücklichen Mexicaner.) Se. kais. Hoheit der durchl. Herr Erzherzog Karl Ludwig geruhten gnädigst das Protectorat eines Vereines zu übernehmen, welchen mehrere Bürger Wiens zu dem Zwecke gegründet haben, die aus Mexico zurückkehrenden verstümmelten Krieger des österreichisch-mexicanischen Freiwilligenkorps vom Wachtmeister und Feldwebel abwärts nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Gründer des Vereines appelliren in einem Auftrufe an die öffentliche Mildethätigkeit.

— (Entsendung von Arbeitern nach Paris.) In der letzten Sitzung der niederösterreichischen Handelskammer theilte der Vorsitzende, Präsident v. Winterstein, ein Schreiben des Herrn Handelsministers mit, worin zum Zwecke der Entsendung österreichischer Arbeiter zur Pariser

Ausstellung ein Betrag aus Staatsmitteln versprochen wird. Die Sammlungen unter den Genossenschaften zu demselben Zwecke haben bisher 3400 fl. ergeben.

— (Die Beamten in Ungarn.) Die „*Debatte*“ hat seinerzeit versucht, die Besorgnisse zu zerstreuen, die mehrfältig in Bezug auf das Los der k. k. Beamten nicht magvarischer Zunge in Ungarn rege geworden, indem sie die Zuversicht aussprach, das ungarische Ministerium werde treue Diener des Staates nicht ohne weiters vor die Thüre sehen, ohne auf deren Fortkommen rücksichtsvoll Bedacht zu nehmen. „*Magvarország*“ von dem gemeinhin angenommen wird, daß es bezüglich der in Pesther Regierungskreisen vorwaltenden Intentionen gut unterrichtet ist, bestätigt diese Voraussetzung, indem es seinerseits die Anlagen zu widerstehenden Beamtenepuration erhoben werden, und wiederholt hervorhebt, daß die betreffenden Beamten nicht eher entlassen werden sollen, bis denselben in den Erblanden eine anderweitige Verwendung gesichert ist.

— (Die „*Ästhetische Rundschau*“), redigirt von A. v. Czede, erscheint (im zweiten Jahrgang) vom 1. April d. J. bei erweitertem Inhalte unter dem Titel: „*Ästhetische Rundschau, Wiener Wochenchrift für Musik, Dramatik und bildende Kunst*“ im Commissionsverlage bei J. B. Barthelme & Comp. in Wien. Bei der Originalität und Gediegenheit aller darinnen enthaltenen Aufsätze aus der Feder der namhaftesten Schriftsteller ist der Pränumerationspreis 1 fl. 50 kr. per Quartal ein sehr mäßiger.

— (Vorboten.) Der „*Italia*“ wird von einem ihrer Pariser Correspondenten über einen Vorfall im Ausstellungs-Palaste geschrieben, der — so unbedeutend er auch ist — zeigt, wie wenig beliebt das Preußen von heute bei den französischenouvriers ist. Die deutschen Arbeiter in der preussischen Abtheilung des Ausstellungs-Palastes hatten aus Anlaß des Geburtstages König Wilhelms von Preußen dessen Statue mit Lorbeeren bekränzt. Das wollten die französischen Arbeiter im Ausstellungslocale nicht dulden und drohten allen Ernstes, den König Wilhelm mit Gewalt seiner Lorbeeren zu berauben. Herr Lepay, der Chef der Ausstellungscommission, versuchte vergebens zwischen beiden Parteien zu interveniren, und flüchtete, da er auf andere Weise einem Kampfe zwischen den beiden Arbeitergruppen nicht vorbeugen konnte, unter die schützenden Fittige der Diplomatie, indem er Herrn v. Moustier von dem ganzen Vorfalle unterrichtete. Der Minister des Auswärtigen fand es für gerathen, mit Herrn v. d. Goltz über die „*Lorbeerfrage*“ sich in Verbindung zu setzen, welcher Letzterer wieder den glücklichen Ausweg wählte, die Statue des Königs Wilhelm nicht für eine „*Repräsentation*“ seines Monarchen, sondern für ein an die Ausstellung gesendetes „*Kunstwerk*“ zu erklären, dem bis heute der Lorbeer noch nicht gebühre. Damit war der Zwischenfall erledigt.

— (Die preussische und französische Macht.) Die „*Schlesische Ztg.*“ bringt aus Anlaß der luxemburgischen Frage einen Artikel: „*Unsere Kräfte*“, in welchem das militärische Uebergewicht Preußens in ein sehr drohendes Licht gestellt wird. Es heißt da: „Die Bewaffnungsfrage scheint weder in Oesterreich noch in Frankreich über das Stadium des ersten Versuches im Großen hinausgekommen zu sein. Präcisionswaffen sind übrigens nicht ausschließlich Product der Maschine; binnen so kurzer Zeit, wie man vielfach glaubt, läßt sich eine Million Hinterladungsgewehre mit der zugehörigen Munition nicht fertigen. Und wenn sie wirklich hinzugebaut würden, bedarf es noch immer der Einübung der Truppen und der Einführung einer entsprechenden Tactik. Für dieses Jahr ist das Zündnadelgewehr noch unser ausschließliches Eigenthum. An realen Factoren wirkt Deutschland unbedingt ein Uebergewicht in die Waagschale. Frankreich verfügt im mobilen Zustande, d. h. nach kriegsrischer Verwerthung aller Reserven, auch der nur zwei Monate eingezogenen, über 600.000 Mann. Darunter zählt das eben in decimirtem Zustande heimgekehrte mexicanische Expeditionscorps. Rechnet man davon 100.000 Mann für Paris und Lyon, 150.000 Mann für die Festungen und Depots und 50.000 Mann für Algier, die übrigen Colonien und zu anderen Zwecken ab, so ergibt sich, daß es mit höchstens 300.000 Mann im freien Felde auftreten könnte. Norddeutschland, einschließlich Hessen-Darmstadt und Badens, verfügt über 14 Armeecorps, die, durchschnittlich auch nur zu 30.000 Mann Feldtruppen angenommen, 420.000 Mann ergeben, welche Zahl durch Baiern und Württemberg allermindestens um 60.000 Mann, also auf 480.000 Mann gesteigert werden kann. Numerisch sind wir also Frankreich im freien Felde um 60 Percent überlegen. Unsere gesammte Landwehr und die Ersatztruppen blieben dann noch im Innern zurück. Qualitativ stehen die deutschen Truppen den französischen mindestens gleich. An Führern haben wir eine Reihe der bewährtesten Männer aufzuweisen, von denen mehrere ihre Feldherrnprobe im vollen Sinne des Wortes bestanden haben.“

Locales.

— (Gewerbebank für Krain.) Am Sonntag Vormittag um 11 Uhr wurde eine Generalversammlung der Actionäre der neu zu gründenden „*Gewerbebank für Krain*“ in der Kanzlei des Herrn Dr. Uranitsch abgehalten. An der Tagesordnung war die Wahl eines definitiven Comités, welches mit den Vorarbeiten zur endgiltigen Constituirung der Gewerbebank betraut ist. Die Wahl fiel auf die Herren Dreo, Vogl, Albert Samassa, Dr. Uranitsch, Josef Hauffen,

